

Das ungelöste Problem

Kinderarmut im reichen Deutschland – welche Unterstützung Familien jetzt brauchen

Es gibt derzeit zwei in der Wissenschaft anerkannte Armutsdefinitionen. Die sozialstaatlich definierte Armutsgrenze lautet: Kinder gelten als arm, wenn sie in einem Haushalt leben, der Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch zweites Buch – Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) – erhält. Die andere ist die »Relative Einkommensarmut«: Danach gelten die Kinder als armutsgefährdet, die in Haushalten leben, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens aller Haushalte beträgt.

In einem reichen Land wie Deutschland und analog in reichen Bundesländern wie Bayern wird Armut im Vergleich zum Lebensstandard der Bevölkerung beschrieben: Armut ist demnach, wer über so wenig Einkommen bzw. Besitz verfügt, dass es nicht möglich ist, den Lebensstandard zu haben, der in der Gesellschaft als selbstverständlich bzw. normal gilt. (Definitionen vgl. Bertelsmann Stiftung, 2020.) Generell wird Armut als »Mangel an den Notwendigkeiten des Lebens« definiert. Arm ist derjenige, »der nicht das Notwendigste besitzt«, und somit wäre ein armes Kind »eine sehr junge Person, der es an vielen Notwendigkeiten zum Leben fehlt«.

EIN FÜNFTTEL ALLER KINDER WÄCHST IN ARMUT AUF

In Deutschland wachsen beinahe 3 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Armut auf oder sind von Armut bedroht, d. h., etwa für ein Fünftel aller Kinder in Deutschland ist soziale Ausgrenzung trauriger Alltag. Für zwei Drittel der betroffenen Kinder und Jugendlichen ist dies ein Dauerzustand: Sie leben mindestens fünf Jahre durchgehend oder wiederkehrend in Armut (Tophoven u. a., 2017). Dies bedeutet: Jedes fünfte Kind unter 18 Jahren wächst in einem Haushalt auf, in dem Mangel zum Alltag gehört: Mangel an Geld sowie an sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Chancen. Armut grenzt aus, Armut macht krank. Diese Zusammenhänge sind seit Langem bekannt und wissenschaftlich erwiesen (vgl. Erklärungen Ratschlag Kinderarmut 2017 und 2020).

Im Vergleich zu Kindern aus einer gesicherten Einkommenssituation leben Kinder im SGB-II-Bezug häufiger in Einelternfamilien, häufiger mit jüngeren und mehreren Geschwistern und haben häufiger einen Migrationshintergrund, haben häufiger Eltern mit keinem oder einem niedrigen Bildungsabschluss sowie seltener Mütter in Voll- oder Teilzeiterwerbstätigkeit. (Tophoven/Wenzig/Lietzmann (2015): Kinder und Familienarmut: Lebensumstände von Kindern in der Grundsicherung.) Es gibt deutliche Unterschiede bezüglich Armut und Armutsgefährdung von Kindern und Jugendlichen im Bundesländervergleich und sogar große Unterschiede innerhalb der Länder: So war z. B. die Armut im bundesweiten Vergleich in Bayern mit 6,3 Prozent und Baden-Württemberg mit 8,1 Prozent (vgl. Berlin mit 27 Prozent und Bremen mit 31,6 Prozent) relativ niedrig, im Vergleich zu den jeweiligen Bruttoinlandsprodukten jedoch relativ hoch. In Bayern schwanken die Quoten für Armut und Armutsgefährdung zwischen 2 und 24 Prozent; besonders betroffen sind Städte wie z. B. München mit ca. 10 Prozent, Nürnberg mit ca. 15 Prozent, Schweinfurt mit ca. 18 Prozent und Hof-Stadt mit über 24 Prozent (Quelle: Bertelsmann Stiftung, 2019).

MIGRATIONSHINTERGRUND, NIEDRIGER BILDUNGSABSCHLUSS DER ELTERN ODER MÜTTER IN TEILZEITSTELLEN ALS URSACHEN

Entwicklung und Prognosen: Die Wahrscheinlichkeit, arm zu bleiben, ist seit Ende der 1980er-Jahre von 40 Prozent auf 70 Prozent angestiegen – so der »Armut- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2021«. Zahlreiche Prognosen zeigen auf, dass sich die Situation für arme Familien und ihre Kinder durch die Corona-Krise in den nächsten Jahren weiter verschärfen wird. Es ist mit einem deutlichen Anstieg der Armutszahlen zu rechnen.

SEIT ENDE DER 1980ER-JAHRE STIEG DIE WAHRSCHEINLICHKEIT, ARM ZU BLEIBEN, RASANT

DIE BEMÜHUNGEN DER POLITIK ZEIGEN BISLANG WENIG WIRKUNG

Die besondere Tragik:

- Kinder sind nicht nur unschuldig an ihrer Situation. Sie können sich auch selbst nicht aus ihrer Armut befreien. Aber sie tragen die Folgen der Armutslage ihrer Familie.
- Seit Jahren ist Familien- und damit Kinderarmut eine große gesellschaftliche Herausforderung und trotz vieler Vorstöße, Vorschläge und Modelle von Wissenschaft, Verbänden und Bündnissen sowie Parteien ein vernachlässigtes (strukturelles) Problem in Deutschland. Die bisherigen Versuche seitens der Politik, so sie überhaupt unternommen wurden, zeigten bisher wenig nachhaltige Wirkung.
- Die Kinder- und Jugendarmut verharrt seit Jahren auf diesem hohen Niveau.
- Einer Studie des Dt. Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW, 2019) zufolge nehmen in Deutschland Hunderttausende Sozialleistungen aus Angst vor Stigmatisierung nicht in Anspruch: Bei Hartz-IV-Leistungen wird von einer Nichtinanspruchnahme von ca. 50 Prozent ausgegangen.
- Die Kinder- und Jugendarmut bleibt, trotz der vor der Corona-Krise jahrelang guten wirtschaftlichen Entwicklung, ein ungelöstes strukturelles Problem in Deutschland. Damit verbunden sind erhebliche Folgen für das Aufwachsen, das Wohlbefinden, die Bildung und die Zukunftschancen der Kinder.

Vor allem gilt jedoch: Jedes Kind ist gleich viel wert. Alle Kinder und Jugendlichen – unabhängig von Familienform, der Situation der Eltern und der Herkunft – haben ein Recht auf ein chancengerechtes Aufwachsen und auf faire Bildungs- und Teilhabechancen, damit sie von Anfang an Selbstwirksamkeit erfahren und ihr Leben selbstbestimmt gestalten können (vgl. UN-Kinderrechtskonvention). Armut hat Folgen für jeden einzelnen jungen Menschen. Armut hat aber auch Folgen für die gesamte Gesellschaft, nicht nur im Hinblick auf Kosten in den Sozialsystemen, sondern auch auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Stabilität der Demokratie.

ARMUT HAT FOLGEN NICHT NUR FÜR DIE BETROFFENEN, SONDERN FÜR DIE GESAMTE GESELLSCHAFT

ES BRAUCHT NEUE POLITISCHE KONZEPTE

Familien brauchen eine finanzielle Absicherung und eine bedarfsgerechte Infrastruktur. Die Maßnahmen, wie z. B. das Starke-Familien-Gesetz des Bundesfamilienministeriums in der laufenden Legislaturperiode, die Erhöhung der Hartz-IV-Sätze, das bürokratische und unterfinanzierte Bildungs- und Teilhabepaket, sind zwar ein Schritt in die richtige Richtung, reichen jedoch nicht aus, um Kinderarmut nachhaltig zu verhindern bzw. zu bekämpfen. Es bedarf eines neuen Konzeptes zur bedarfsgerechten finanziellen Absicherung von Kindern: Es gibt hierzu bereits zielführende und sozial gerechte Modelle in Form einer Kindergrundsicherung oder eines Teilhabegeldes. Die Familienleistungen müssen so gestaltet sein, dass sie die tatsächlichen Bedarfe von Kindern und Jugendlichen berücksichtigen sowie unbürokratisch, einkommensabhängig und von Geburt an an die Kinder ausbezahlt werden. Häufig formulierte Vorurteile, Eltern im unteren Einkommensbereich würden die Leistungen für die Kinder nicht für die Kinder ausgeben, wurden 2018 durch die Studie »Kommt das Geld bei den Kindern an?« des Zentrums für europäische Wirtschaftsforschung widerlegt.

Familien brauchen ein Netz von familienunterstützenden und -entlastenden Angeboten, insbesondere qualitativ hochwertige, ausreichende und bezahlbare Betreuungs- und Bildungsangebote. Kinder und Jugendliche, genauso wie ihre Eltern, benötigen ausreichend niederschwellige, beteiligungsorientierte und professionelle Beratungs-, Bildungs- und Unterstützungsangebote. Hier sind vor allem die Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen und Ganztagesbetreuungsangebote für Schulkinder, qualifizierte und quartiersnahe, für alle zugängliche Freizeitangebote und (Familien-)Erholung sowie niederschwellige Angebote wie Familienbildungsstätten, Familienzentren und Mehrgenerationenhäuser und andere Beratungsstellen zu nennen. Sie haben sich in der Vergangenheit mit ihren Angeboten als besonders gut geeignete Anlaufstellen für Familien im unteren Einkommensbereich bewährt.

Spätestens in der Corona-Pandemie wurde deutlich, dass es in Deutschland zu wenig Möglichkeiten und Strukturen gibt, Kinder und vor allem Jugendliche zu beteiligen, wenn es um deren Themen und Bedürfnisse geht. Kinder, Jugendliche und (junge) Erwachsene erlebten und erleben erhebliche Einschränkungen durch die Corona-Pandemie und die darauf bezogenen Maßnahmen. Der Forschungsverbund Kindheit-Jugend-Familie in der Corona-Zeit stellt insbesondere in Anlehnung an die beiden Onlinebefragungen JuCo und KiCo politische Handlungsempfehlungen vor (vgl. Kinderstudie KiCo und Jugendstudie JuCo, Forschungsverbund Universität Hildesheim 2020/2021). Diese werden, so die Hoffnung mancher, zukünftig und nicht nur in Krisenzeiten für Kinder und Jugendliche als Grundrechtsträgerinnen und -träger mehr Partizipation ermöglichen.

WICHTIG: EIN NETZ VON FAMILIENUNTERSTÜTZENDEN UND -ENTLASTENDEN ANGEBOTEN

KINDER UND JUGENDLICHE MÜSSEN STÄRKER BETEILIGT WERDEN, WENN ES UM DEREN BELANGE GEHT

VIELFÄLTIGE LOBBYARBEIT



Sandra Schuhmann ist 1. Vorsitzende der Evang. Aktionsgemeinschaft für Familienfragen in Bayern e. V. (eaf bayern).



Renate Zeilinger ist Geschäftsführerin der Evang. Aktionsgemeinschaft für Familienfragen in Bayern e. V. (eaf bayern).

Die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen in Bayern e. V. (eaf bayern), der familienpolitische Verband von bayerischer Landeskirche und Diakonie, setzt sich seit vielen Jahren – neben vielen anderen Akteuren – für einen anderen Blick auf Familien im unteren Einkommensbereich ein und fordert mit »Familien stärken – mit Zeit, Geld und Infrastruktur« u. a. eine bedarfsgerechte, ausreichende und für alle zugängliche Bereitstellung von Geld- und Infrastrukturmaßnahmen. Ein Bündnis vieler Organisationen, der »Ratschlag Kinderarmut«, forderte 2017 in einer Erklärung zur Bundestagswahl die Politik in Bund, Ländern und Kommunen auf, Armut von Kindern und Jugendlichen nicht länger hinzunehmen. Die eaf bayern hat diese und weitere Erklärungen des Bündnisses mitunterzeichnet. Zentrale Grundsätze und Forderungen sind darin u. a.: »Armut ist kein Versagen der/des Einzelnen, Anspruch aller Kinder und Jugendlichen auf gleichwertige Lebensverhältnisse, Unterstützung muss dort ankommen, wo sie gebraucht wird, und nicht im Gießkannenprinzip verteilt werden.« (Vgl. Keine Ausreden mehr: Armut von Kindern und Jugendlichen endlich bekämpfen, unter www.eaf-bayern.de/Positionen.)

Das nötige Ziel muss eine Gesamtstrategie zur Armutsbekämpfung bzw. Armutsprävention aller daran beteiligten Verantwortlichen und Akteure wie Bund, Länder, Kommunen, Bündnissen sowie Wohlfahrtsverbänden und Kirchen sein. Dies wird erst dann gelingen, wenn Armut als strukturelles Problem erkannt und nicht – wie nach wie vor weitverbreitet – als individuelles Problem gesehen wird. Diese Sichtweise würde zur Erkenntnis führen, dass das Problem auch nur durch strukturelle Lösungen nachhaltig angegangen, behoben bzw. reduziert werden kann. Es braucht deshalb ein klares Bekenntnis aller Verantwortlichen in Politik, Kirche und Gesellschaft, chancengerechte und nachhaltige Bedingungen für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen – unabhängig von Herkunft, Einkommen, Familiensituation und Familienform – ins Zentrum aller politischen Entscheidungen zu stellen. Denn das Fundament einer Gesellschaft und ihrer Demokratie sind die nächsten Generationen.